



An den Grossen Rat

14.5084.02

ED/P145084

Basel, 2. April 2014

Regierungsratsbeschluss vom 1. April 2014

Interpellation Nr. 14 Mustafa Atici betreffend Auswirkungen der Annahme der Masseneinwanderungs-initiative auf die Bereiche Bildung und Betreuung

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 25. Februar 2014)

„Noch sind die genauen Auswirkungen der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative der SVP nicht bekannt. Doch es ist nicht übertrieben, wenn wir festhalten, dass die Auswirkungen auf viele Bereiche im Grenzkanton Basel-Stadt negativ sein können. Mit einschneidenden Veränderungen muss in erster Linie in der Wirtschaft gerechnet werden. Das gilt insbesondere auch für die zwei Bereiche Bildung und Betreuung, für die nicht einfach und schnell Arbeitskräfte zu finden sind.

Mit dem Wissen, dass bis zur Umsetzung auf nationaler Ebene einige Jahren vergehen können und dass die Schulharmonisierung und Bildungsplanung eine langfristige Perspektive brauchen, möchte der Interpellant dennoch die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. In welchen Bildung- und Betreuungsbereichen sind in Basel-Stadt wie viele GrenzgängerInnen beschäftigt?
Wie viele Lehrerinnen und Lehrer aus den Grenzregionen Deutschland und Frankreich arbeiten in Basel?
Wie viele GrenzgängerInnen arbeiten in tages- und familienergänzenden Angeboten?
2. Was für Auswirkungen hat die Annahme der Initiative auf die Harmonisierung des Schulsystems?
3. Die Nachfrage nach tages- und familienergänzenden Angeboten steigt. Wie kann der Kanton diese Nachfrage nach Betreuerinnen und Betreuern abdecken?
4. Ist der Kanton Basel-Stadt in der Lage diese Angebote ohne die Arbeit der GrenzgängerInnen aufrecht zu erhalten? Falls nicht, welche Massnahmen sieht die Regierung für die Bewältigung dieses Problems vor?
5. Viele Ausländerinnen und Ausländer, die jetzt in Basel arbeiten, Grenzgänger inbegriffen, sind verunsichert. Was kann die Basler Regierung tun, um diese Verunsicherung nicht noch zu erhöhen? Ist die Einrichtung einer entsprechenden Anlauf- oder Infostelle vorgesehen, oder vertritt die Regierung die Haltung, dass die Information primär eine Aufgabe der Arbeitgeber ist?
6. Wie andere Schweizer Grenzkantone ist auch Basel-Stadt in hohem Grade abhängig von zugewanderten Arbeitskräften und von Grenzgängern. Kann sich die Regierung vorstellen, ihre Zusammenarbeit mit anderen Grenzkantonen zur Ausarbeitung gemeinsamer Lösungsideen zu intensivieren?
7. Wird der Kanton sich dafür einsetzen, dass die Kontingente entsprechend dem Abstimmungsresultat verteilt werden?

Mustafa Atici“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Ausgangslage

Der Kanton Basel-Stadt weist mit einem Anteil von 12 Prozent schweizweit den grössten Anteil ausländischer Lehrpersonen auf (Bildungsbericht Schweiz 2014). Davon wiederum ist der weit- aus grösste Teil in der Schweiz ansässig. Die verfügbaren Daten geben nicht Auskunft darüber, ob die Lehrpersonen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ihre Lehrbefähigung im Ausland oder in der Schweiz erworben haben. Auch ist nicht bekannt, wie lange sie sich in der Schweiz aufhalten.

Die Zahl der jährlichen Anerkennungen ausländischer Lehrdiplome durch die EDK gibt Anhaltspunkte zur Frage, wie viele Personen sich in den letzten Jahren um eine Stelle in der Schweiz bemüht haben. Die Gesuchseingänge haben seit Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU bis 2013 kontinuierlich zugenommen (2005: 403; 2013: 1220; davon waren 85 Prozent Lehrdiplome, Quelle: EDK). Im Vergleich zur Migration in anderen Beschäftigungssektoren sind die Zahlen im Schulbereich jedoch gering.

Die Tagesheime und die stationären Einrichtungen für Kinder und Jugendliche profitieren heute in einem hohen Mass davon, Betreuungspersonal im nahen Ausland rekrutieren zu können. Die überwiegende Anzahl der Betreuungseinrichtungen sind zwingend darauf angewiesen, dass sie Grenzgängerinnen und Grenzgänger im heutigen Umfang beschäftigen können. Aufgrund des stetigen Ausbaus der familienergänzenden Kinderbetreuung ist davon auszugehen, dass der Bedarf an qualifiziertem Betreuungspersonal weiter zunehmen wird. Da bereits heute ein Fachkräftemangel im Betreuungsbereich zu verzeichnen ist, ist auch mit einem wachsenden Bedarf an Betreuungspersonal aus dem nahen Ausland zu rechnen.

2. Beantwortung der Fragen

1. *In welchen Bildung- und Betreuungsbereichen sind in Basel-Stadt wie viele Grenzgängerinnen beschäftigt?*

Wie viele Lehrerinnen und Lehrer aus den Grenzregionen Deutschland und Frankreich arbeiten in Basel?

Wie viele GrenzgängerInnen arbeiten in tages- und familienergänzenden Angeboten?

Von den aktuell knapp 35'000 Grenzgängerinnen und Grenzgängern arbeiten 2,4 Prozent im Bereich Erziehung und Unterricht, dies entspricht rund 800 Personen. 2011 gab es im Kanton Basel-Stadt in diesem Bereich knapp 8'000 Beschäftigte (gerechnet in Vollzeitstellen). Insgesamt sind rund 10 Prozent der Stellen durch Grenzgängerinnen und Grenzgänger besetzt (Quelle: BFS¹).

2. *Was für Auswirkungen hat die Annahme der Initiative auf die Harmonisierung des Schulsystems?*

Die Annahme der Initiative hat keine Auswirkungen auf HarmoS.

3. *Die Nachfrage nach tages- und familienergänzenden Angeboten steigt. Wie kann der Kanton diese Nachfrage nach Betreuerinnen und Betreuern abdecken?*

Die Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung ist als Massnahme unter dem

¹ Erziehung und Unterricht werden in dieser Statistik nicht getrennt ausgewiesen. Die Übergänge sind vielfach fliessend. In den Tagesstrukturen zum Beispiel arbeiten manchmal auch Lehrpersonen mit. Demgegenüber sind in den Personalstatistiken der Erziehungsdepartemente nur Staatsangestellte erfasst, nicht aber zum Beispiel das Personal in privaten Tagesheimen.

Schwerpunkt „Chancengleichheit“ im Legislaturplan 2013-2017 des Regierungsrates festgehalten. Um dem wachsenden Bedarf an Betreuungsplätzen gerecht zu werden, wurden zusätzliche Ausbildungsplätze für Fachpersonen Betreuung (FaBe) geschaffen.

Ab August 2014 erhalten Fachpersonen Betreuung aus der Nordwestschweiz die Möglichkeit, sich an der Berufsfachschule Basel in drei Jahren zur Kindererzieherin HF bzw. zum Kindererzieher HF weiterzubilden. Für Personen, die eine berufliche Grundbildung aus einem anderen Fachbereich mitbringen, wird ab 2015 eine vierjährige Ausbildung HF Kindererziehung angeboten.

4. *Ist der Kanton Basel-Stadt in der Lage, diese Angebote ohne die Arbeit der GrenzgängerInnen aufrecht zu erhalten? Falls nicht, welche Massnahmen sieht die Regierung für die Bewältigung dieses Problems vor?*

Die Grenzgängerinnen und Grenzgänger machen im Bildungsbereich nur einen kleinen Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus (s. Beantwortung Frage 1). Vor der Definition allfälliger Massnahmen muss geklärt sein, wie die Umsetzung der Initiative im Detail erfolgen soll (s. Beantwortung Frage 5).

5. *Viele Ausländerinnen und Ausländer, die jetzt in Basel arbeiten, Grenzgänger inbegriffen, sind verunsichert. Was kann die Basler Regierung tun, um diese Verunsicherung nicht noch zu erhöhen? Ist die Einrichtung einer entsprechenden Anlauf- oder Infostelle vorgesehen, oder vertritt die Regierung die Haltung, dass die Information primär eine Aufgabe der Arbeitgeber ist?*

Den Ausländerinnen und Ausländern, insbesondere den Grenzgängerinnen und Grenzgängern, sowie den Arbeitgebenden stehen mehrere Informationsstellen zur Verfügung. Das sind etwa das Migrationsamt, das Amt für Wirtschaft und Arbeit, die Ausländerberatung der GGG, die Infobest Palmrain und weitere private Informationsstellen. Die Schaffung von weiteren Informationsstellen erachtet der Regierungsrat als nicht zweckmässig.

Der Regierungsrat wird jedoch die Verwaltung anhalten, interessierte Kreise und Personen laufend über die Entwicklung in einer neutralen Form und in geeigneter Weise zu informieren. Zurzeit ist jedoch noch unklar, wie die Initiative im Detail, insbesondere was Grenzgängerinnen und Grenzgänger betrifft, umgesetzt werden soll. Sobald mehr Klarheit herrscht, ist es Aufgabe aller Beteiligten - Behörden sowie Arbeitgebenden - die Betroffenen zu informieren.

6. *Wie andere Schweizer Grenzkantone ist auch Basel-Stadt in hohem Grade abhängig von zugewanderten Arbeitskräften und von Grenzgängern. Kann sich die Regierung vorstellen, ihre Zusammenarbeit mit anderen Grenzkantonen zur Ausarbeitung gemeinsamer Lösungsideen zu intensivieren?*

Der Kanton Basel-Stadt und viele der hier ansässigen Unternehmen sind in sehr hohem Grad auf gut qualifizierte Arbeitskräfte auch aus dem Ausland angewiesen. Eine prosperierende Wirtschaftsregion Basel ist ohne Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie andere ausländische Arbeitskräfte nicht denkbar.

Der Regierungsrat wird sich deshalb mit grosser Kraft für eine möglichst gute Umsetzung des Verfassungsauftrages einsetzen. Dies kann auch durch Zusammenarbeit mit anderen Kantonen mit ähnlicher Interessenslage sein. Der Regierungsrat erachtet eine Einflussnahme auf Bundesebene als zwingend.

7. *Wird der Kanton sich dafür einsetzen, dass die Kontingente entsprechend dem Abstimmungsresultat verteilt werden?*

Der Entscheid des Schweizer Souveräns wird selbstverständlich auch vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt anerkannt und mitgetragen. Eine Kontingentsverteilung nach Massgabe des Abstimmungsresultates stellt für die Wirtschaft keine taugliche Lösung dar und würde demokratischen Grundsätzen widersprechen. Eine Überarbeitung des heutigen Verteilschlüssels der Kon-

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

tingente, welcher der Wirtschaftskraft der einzelnen Kantone derzeit keine Rechnung trägt, wäre jedoch anzustreben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin